

# „Jetzt müssen Taten folgen“

Die deutsche Industrie sorgt sich um ihr Image, der Ausländerhaß schadet ihrem Ansehen und beeinträchtigt womöglich das Geschäft. Doch Fremdenfeindlichkeit

gibt es auch in den Betrieben, wo sich Deutsche und Ausländer besonders nahe kommen. Immer mehr Firmen greifen drastisch durch: Wer hetzt, fliegt.

**D**ie Zunge war dem verunglückten Stahlarbeiter in den Rachen gerutscht; ohne die schnellen Griffe seines Kumpels wäre der bewußtlos am Boden liegende Mann erstickt. „Laß sein“, rief da einer der umstehenden Arbeiter dem Helfer zu, „das ist doch nur ein Türke.“

Der Arbeiter vom Stahlwerk Salzgitter wurde fristlos entlassen. In der vergangenen Woche mußten im selben Betrieb zwei Auszubildende gehen; sie hatten Brandlieder auf einen polnischen Kollegen gesungen.

„Wir wollen deutliche Zeichen setzen“, sagt Vertrauensmann Bernd Kruppa. Mit drastischen Entscheidungen wollen Management und Arbeitnehmervertreter demonstrieren, daß Ausländerfeindlichkeit in diesem Unternehmen keinen Platz hat. Der Preussag-Konzern, zu dem das Stahl-

werk gehört, initiierte am Mittwoch vergangener Woche eine mehrere Kilometer lange Menschenkette, die vom Werksgelände bis zum Rathausplatz von Salzgitter reichte. Für zwei Stunden stand die gesamte Produktion im Stahlwerk still, und aus Hannover war Vorstandschef Ernst Pieper angereist, um mit Arbeitern und Bürgern gegen Fremdenfeindlichkeit und rechte Gewalt zu demonstrieren.

Unternehmen, die zur Aktion gegen Ausländerhetze aufrufen, Belegschaften, die sich in die allorts veranstalteten Lichterketten einreihen, Flugblätter, Anzeigen und Plakate, die zur Toleranz mahnen – die Wirtschaft reagiert auf die häßlichen Zeichen von Ausländerfeindlichkeit.

In den Betrieben sieht es nicht anders aus als sonst in der deutschen Gesell-

schaft. Lange haben die Firmenleitungen, aber auch die Gewerkschaften und Betriebsräte abwertende oder feindselige Stimmen gegen Ausländer verdrängt.

Das ist vorbei, jetzt wird hart durchgegriffen. Die Fälle fristloser Kündigungen wegen ausländerfeindlichen Verhaltens häufen sich.

Die Industrie fürchtet um das Ansehen der Exportnation im Ausland. Von Betroffenheit und Mitgefühl ist selten die Rede, von Geld um so häufiger.

„Die Ausländerfeindlichkeit macht uns häßlich und unsere Produkte schwer verkäuflich“, stellte Tyll Necker, Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, öffentlich fest. „Wenn die Rechtsradikalen so weitermachen“, schreibt der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages, Hans Peter Stahl, in einer von IG Metall und Arbeitgebern gemeinsam verfaßten Toleranz-

\* Am 16. Dezember in Salzgitter.



**Demonstrierende Arbeitnehmer, Preussag-Chef Pieper\*:** Ausländer wollen wissen, wo Betrieb und Belegschaft stehen



**Ausländische Hoesch-Arbeiter:** Telefonkette für bedrohte Kollegen

broschüre, „kostet uns das Milliarden. Aufträge werden stormiert, Touristen und Investitionen bleiben aus.“

Die Arbeitnehmervertreter sorgen sich mehr um das Betriebsklima. Nirgends treffen Deutsche und Ausländer so nah aufeinander wie in den Produktionshallen und Büros der Firmen. Sie tun die gleiche Arbeit, sie stellen dieselben Produkte her. Sie müssen miteinander auskommen.

Doch wie können sie das, wenn sich auf der Straße und am Stammtisch die Feindseligkeit oder gar Haß auf Fremde immer ungenierter artikuliert? Der Betrieb und die Belegschaft, so fordern ausländische Arbeitnehmer, müssen Stellung beziehen. Die Zeit der Mahnwachen sei vorbei, sagt Hella Borgstädt, Betriebsrätin bei Hoesch in Dortmund: „Jetzt müssen Taten folgen.“

Plötzlich überbieten sich die Firmen mit ausländerfreundlichen Aktionen. Beim Otto-Versand, bei Porsche, bei BASF und Knoll verschicken Chefs und Betriebsräte gemeinsam abgefaßte Rundbriefe an die Mitarbeiter mit der Drohung, jeden arbeitsrechtlich zu belangen, der im Betrieb gegen Ausländer hetzt. Uneinsichtige würden kurzerhand entlassen.

Bei Otto flog ein Arbeiter, weil er einen Kollegen „du Türkenschein“ beschimpft hatte; der Gabelstaplerhersteller Jungheinrich entließ einen Vorarbeiter, der einen Schwarzen angepöbelte hatte. Für die gefeuerten Lehrlinge des Stahlwerks Salzgitter dachte sich der Betriebsrat eine besondere Form der Sühne aus: Wenn sie für mehrere Wochen Hilfsdienste in den Gedenkstätten Auschwitz oder Sach-

senhausen tun, werden sie vielleicht wiedereingestellt.

In vielen Firmen werden Mitarbeiter aufgefordert, jeden Kollegen zu melden, der die Wände mit rassistischen Sprüchen beschmiert, böse Witze reißt oder Parolen verbreitet. Regelmäßig ziehen bei Hoesch Geschäftsleitung und Betriebsrat durch Hallen und Toiletten und überpinseln Seite an Seite wüste Schmierereien.

Die Hoesch-Belegschaft hat eine Telefonkette organisiert, mit der ausländische Kollegen um Hilfe rufen können, wenn sie im Betrieb oder auf der Straße angemacht oder bedroht werden. Preussag-Arbeiter sollen künftig Patenschaften für ausländische Kollegen übernehmen und sich auch außerhalb des Betriebs um deren Familien kümmern. Ford organisiert Stadtteilstunden, damit die Kollegen auch fernab vom Fließband aufeinander zugehen können.

Die Beschäftigten von rund einem Dutzend Hamburger Firmen ließen am Donnerstag vergangener Woche für

## Ein Plus für den Fiskus

Ohne ausländische Arbeitnehmer gibt es kein Wachstum

**O**hne Ausländer, versichern Unternehmer immer wieder, könne die deutsche Wirtschaft nicht gedeihen. Fast ein Zehntel des westdeutschen Sozialprodukts, so belegt das Institut der deutschen Wirtschaft, wird von Gastarbeitern erwirtschaftet. Das waren im Vorjahr 200 Milliarden Mark.

Wahrscheinlich leben derzeit mehr als sechs Millionen Ausländer in Deutschland. Rund zwei Millionen sind offiziell als Arbeitnehmer registriert. Etwa ein Drittel kommt aus der Türkei, viele stammen aus dem ehemaligen Jugoslawien.

Die Hälfte aller erwerbstätigen Ausländer arbeitet in der Industrie. Beim Autohersteller Opel etwa kommt jeder sechste Beschäftigte aus einem anderen Land. An den Fließbändern arbeiten 4800 Türken.

Viele Ausländer, die zur Mehrung des deutschen Wohlstands beitragen, werden von der Statistik nicht erfaßt – sie arbeiten schwarz. Seit Öffnung der Grenzen in Europa sind auf deutschen Baustellen und in Betrieben viele Polen, Russen, Tschechen und Rumänen tätig – oft zu Hungerlöhnen.

Wer einem regulären Job nachgeht, zahlt Abgaben wie seine deutschen Kollegen. Ausländer überweisen jährlich etwa 90 Milliarden Mark an Steuern und Sozialabgaben, so hat das Esse-

ner RWI-Institut errechnet. Werden Auszahlungen – also etwa Renten – abgezogen, bleibe unter dem Strich ein Plus von 25 Milliarden für den Fiskus und die Rentenkasse.

In den alten Bundesländern sind viele Ausländer inzwischen seßhaft geworden. Etwa 33 000 Türken haben sich bereits selbständig gemacht, wie das Zentrum für Türkeistudien herausfand. Dabei wurden 110 000 Arbeitsplätze neu geschaffen.

Ohne ausländische Arbeitnehmer, so meinen Ökonomen und Manager, sei künftiges Wirtschaftswachstum nicht möglich. Jahr für Jahr, errechnete der Wissenschaftliche Dienst des Bundestages, seien 300 000 Zuwanderer vonnöten.

Das sieht in Zeiten konjunktureller Flaute etwas anders aus. Viele Ausländer sind auf weniger qualifizierten Arbeitsplätzen beschäftigt, und die werden bei schlechter Ertragslage zuerst abgebaut. Derzeit sind in Westdeutschland etwa 270 000 Ausländer arbeitslos.

Noch ärger hat es die einst gefragten Kräfte in den neuen Ländern getroffen. Dort sind kaum noch Ausländer tätig. Die DDR hat die früher aus Angola, Kuba und Vietnam angeworbenen Werkstätigen größtenteils schon 1990 mit Prämien nach Hause geschickt.

Türken	649 855	<input type="checkbox"/>
Jugoslawen	357 233	<input type="checkbox"/>
Italiener	159 055	<input type="checkbox"/>
Griechen	99 038	<input type="checkbox"/>
Österreicher	93 085	<input type="checkbox"/>
Spanier	55 523	<input type="checkbox"/>
Polen	49 667	<input type="checkbox"/>
Portugiesen	43 692	<input type="checkbox"/>
Briten	41 820	<input type="checkbox"/>
Franzosen	41 081	<input type="checkbox"/>
US-Amerikaner	30 199	<input type="checkbox"/>
Tschechoslowaken	26 230	<input type="checkbox"/>
Marokkaner	21 053	<input type="checkbox"/>
Rumänen	20 922	<input type="checkbox"/>
Vietnamesen	17 597	<input type="checkbox"/>
Iraner	14 772	<input type="checkbox"/>
Sonstige	245 987	<input type="checkbox"/>

**STÜTZEN DER WIRTSCHAFT**

Ausländische Arbeitnehmer in den alten Bundesländern, Stand März 1992

QUELLE: BUNDESANSTALT FÜR ARBEIT

Zahl der ausländischen Arbeitnehmer in Westdeutschland: **1 966 809**

Anteil an den Erwerbstätigen insgesamt: **6,7 %**

DER SPIEGEL

Angel Natasadu-Aquino, Betriebsrätin bei Jungheinrich, hört sich regelmäßig die Klagen von ausländischen Mitarbeitern an. Die Anrede „Kanake“, hat sie erfahren, sei das geringste, was sich Türken, Polen und Afrikaner bei der Arbeit anhören müssen.

„Solche wie euch sollte man dem Erdbodengleichmachen“, beschimpfte ein Vorarbeiter in einer süddeutschen Metallfabrik türkische Arbeiter. „Eine deutsche Eiche merkt nicht, wenn sich eine ausländische Sau an ihr kratzt“, pariert ein Düsseldorfer Büroangestellter die Kritik einer asiatischen Kollegin.

Konzerne

# Schnell und solo

Die Deutsche Bank will das Problem Klöckner endgültig bereinigen. Tausende von Arbeitsplätzen sind bedroht.

Der Konkursverwalter Jobst Wellensiek, 61, gilt als Profi seines Gewerbes. Er hat die bayerische Maxhütte am Leben erhalten und den DDR-Kamerahersteller Pentacon abgewickelt.

Er sei „ein sozial denkender Mensch“, sagt der freundliche Herr, sein oberstes Ziel sei die Rettung der Arbeitsplätze.

Das Motto gilt auch in Wellensieks jüngstem Fall: dem Vergleich der Klöckner-Werke. Doch ob er es auch durchsetzen kann, hängt wesentlich von Karl-Josef Neukirchen, genannt Kajo, ab.

Neukirchen, 50, ist schon rein äußerlich der Gegentyp zu Wellensiek: kantig und forsch. Im Auftrag der Deutschen Bank soll er die Krise bei Klöckner bereinigen, und zwar endgültig.

Seit einigen Wochen berät Neukirchen den Duisburger Vorstand unter dem Vorsitz von Hans Christoph von Rohr. Am Freitag vergangener Woche wählte ihn der Aufsichtsrat zu seinem Vorsitzenden.

Ulrich Cartellieri, das für das Industrie-geschäft zuständige Vorstandsmitglied der Deutschen Bank, entwickelte den Vergleichsplan, seiner Ansicht

zwei Stunden die Arbeit liegen und trafen sich zu einer Kundgebung auf der Straße. „Es geht dabei auch um die Kultur innerhalb der Betriebe“, mahnte Jungheinrich-Betriebsrat Karl-Helmut Lechner die Teilnehmer.

Die Erkenntnis setzt sich nur mühsam durch. Die Gewerkschaften haben den Ausländerhaß stets als Phänomen der Straße gebrandmarkt. Innerhalb der eigenen Arbeitnehmerschaft dagegen, so behaupten etwa Funktionäre von IG Metall oder IG Chemie, gäbe es solche Spannungen kaum. Viele Betriebsräte geben nur ungern zu, daß in den Werkshallen die gleichen Deutschen Autos und Waschmaschinen montieren, die auf der Straße und an den Stammtischen gegen Ausländer hetzen. Die Schmierereien und Pöbeleien in den Betrieben seien vereinzelte Machwerke von Verrückten. Dieser Lesart schließen sich viele Firmenchefs gern an.

Roland Brendel, Betriebsrat bei der BASF-Tochter Knoll, sieht das realistischer: „Machen wir uns nichts vor, wir haben hier auch keine anderen Leute als draußen.“ Mit dem Schritt durchs Werkstor verwischen sich nur die Rollen. Mancher, der im Freundeskreis gegen Ausländer schimpft, kommt mit dem türkischen Mitarbeiter in der Firma gut aus. Den kennt er, der macht seine Arbeit gut, der ist Kollege und nicht einer dieser Ausländer.

Unterschwellig spürt Preussag-Vertrauensmann Kruppa jedoch „eine latente Neigung des Hasses“. Mehmet Altunkas, Betriebsratschef einer Metallgießerei in Reutlingen, registriert, daß vor allem in Firmen, denen es wirtschaftlich schlechtgeht, Spannungen verstärkt zum Vorschein kämen.

Oft macht es gar keinen Sinn, die verbalen Schikanen zu melden. Die Täter leugnen, und dann steht Wort gegen Wort – wie bei den beiden Chemiearbeitern, die sich einem Ausländer mit dem Hitlergruß in den Weg stellten und hinterher behaupteten, sie hätten nur freundlich gewinkt.

Betriebsräte, die öffentlich für ausländische Kollegen eintreten, machen sich vielfach unbeliebt. Bei Hoesch wurden gleich drei samt ihrer Familien massiv bedroht. Die Kinder wagen sich zu Hause nicht mehr ans Telefon, die Fremdenhasser müssen ihre Morddrohungen jetzt auf Anrufbeantworter sprechen.

Gegen diese Stimmung sollen die jüngsten Aktionen angehen; sie sollen die Täter entmutigen und den Opfern Klarheit verschaffen. „Die ausländischen Kollegen“, betont ein Teilnehmer einer Betriebsdemonstration, „müssen wissen, auf welcher Seite wir stehen.“

Betriebsrätin Natasadu-Aquino traut den freundlichen Parolen nicht so recht. „Mit dem ausländischen Kollegen, den sie kennen, erklären sie sich solidarisch“, sagt sie bitter. „Aber draußen würden sie sich mit einem fremden Ausländer nicht zum Essen an einen Tisch setzen.“



**Klöckner-Verwalter Wellensiek**  
„Ich bin ein sozial denkender Mensch“